

Investitionsschwäche der Unternehmen schafft Handlungsbedarf

Von Marcel Fratzscher, Martin Gornig und Alexander Schiersch

Obwohl die Bundesregierung erste Maßnahmen auf den Weg gebracht hat, besteht in Deutschland weiterhin eine signifikante Investitionsschwäche. Die vorliegende Studie des DIW Berlin untermauert dies anhand der Entwicklung der Unternehmensinvestitionen. Demnach investieren die hiesigen Firmen heute kaum mehr als im Jahr 2007, also vor der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise. In den USA beispielsweise liegt das Investitionsniveau hingegen um fast 14 Prozent höher. Die Expertenkommission zur „Stärkung von Investitionen in Deutschland“ hat vor einem Jahr konkrete Empfehlungen ausgesprochen, wie die Investitionsschwäche in Deutschland abgemildert oder sogar behoben werden könnte. Neben den Vorschlägen für höhere öffentliche Investitionen wurden auch Maßnahmen für eine Stärkung der privaten Investitionen vorgeschlagen. Betrachtet man die vier von der Expertenkommission identifizierten zentralen Handlungsfelder (digitale Netze, Energieinfrastruktur, Innovationen und junge Unternehmen), ist bislang allerdings noch zu wenig geschehen. Der Handlungsbedarf bleibt hoch – unter anderem steuerliche Investitionsanreize könnten helfen.

Die schwache gesamtwirtschaftliche Investitionstätigkeit in Europa, aber auch in Deutschland, steht seit einigen Jahren unter verstärkter Beobachtung. Erste Analysen dazu legte im Jahr 2013 die Europäische Investitionsbank vor.¹ Das DIW Berlin identifizierte im selben Jahr für den Zeitraum von 1999 bis 2012 eine gesamtwirtschaftliche Investitionslücke in Deutschland von jährlich knapp drei Prozent der Wirtschaftsleistung oder rund 75 Milliarden Euro.²

Seither ist eine ganze Reihe von Studien erschienen, die sich vertieft mit der Frage einer Investitionsschwäche in Deutschland auseinandergesetzt haben. Entsprechend der Änderung in der statistischen Erfassung der Investitionstätigkeit durch die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden seit 2014 auch Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) als Investitionen berücksichtigt. Geändert haben sich die Befunde hinsichtlich der Investitionsschwäche in Deutschland aber kaum: Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)³, der Internationale Währungsfonds (IWF)⁴ und die EU-Kommission⁵ sowie eine weitere Studie des DIW Berlin aus dem Jahr 2014⁶ konstatieren für Deutschland weiterhin eine im internationalen Vergleich ausgeprägte gesamtwirtschaftliche Investitionsschwäche.

¹ European Investment Bank (2013): Investment and Investment Finance in Europe. Luxemburg.

² Bach, S. et al. (2013): Wege zu einem höheren Wachstumspfad. DIW Wochenbericht Nr. 26/2013.

³ Lewis, C. et al. (2014): Investment Gaps after the Crisis. OECD Economics Department Working Papers 1168; OECD (2016): Strengthening investment performance. Im Erscheinen.

⁴ Barkbu, B. et al. (2015): Investment in the Euro Area: Why Has It Been Weak? IMF Working Paper 15/32; Internationaler Währungsfonds (2015): World Economic Outlook. April, Kapitel 4, Washington.

⁵ European Commission (2014): Macro-economic Imbalances Germany 2014. Occasional Paper No. 174; European Commission (2015): Winter Forecast. Box 1.1.

⁶ Fichtner, F. et al. (2014): Eine Investitionsagenda für Europa. DIW Wochenbericht Nr. 27/2014.

In Deutschland wird die Diskussion insbesondere mit Blick auf eine Differenzierung zwischen privater und öffentlicher Investitionstätigkeit geführt. Die Studienergebnisse stimmen insofern weitgehend überein, als dass sie ein Investitionsdefizit der öffentlichen Hand feststellen.⁷ Das gilt vor allem für die Kommunen: Berechnungen des DIW Berlin zufolge beträgt die Lücke bezogen auf die kumulierten negativen Nettoinvestitionen seit dem Jahr 2003 mindestens 46 Milliarden Euro.⁸ Die KfW Bankengruppe kam auf Grundlage von Gemeinde-Befragungen im Jahr 2015 sogar auf einen aufgestauten kommunalen Investitionsrückstand in Höhe von 132 Milliarden Euro.⁹

Unterschiedlich wird hingegen die private Investitionstätigkeit bewertet. So existiert nach Einschätzung des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland keine „pathologische Investitionsschwäche“¹⁰ im Unternehmensbereich. Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW Köln) konstatiert dagegen ein seit der globalen Wirtschaftskrise eher zurückhaltendes Investitionsverhalten der Unternehmen.¹¹ Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) sieht Schwächen vor allem bei inländischen Bauinvestitionen. Zudem verlagern die Unternehmen ihre Investitionen immer mehr ins Ausland.¹²

Der vorliegende Bericht zeigt anhand von Zahlen für den Zeitraum 2007 bis 2013, wie sich die Investitionstätigkeit speziell im Unternehmenssektor entwickelt hat. Um diese zu stärken, hat die Expertenkommission zur „Stärkung von Investitionen in Deutschland“ im April 2015 ihren Abschlussbericht mit konkreten Handlungsempfehlungen vorgelegt.¹³ Dieser Wochenbericht zieht exakt ein Jahr später eine Zwischenbilanz.

Private Investitionen in Deutschland entwickeln sich weiterhin schwach

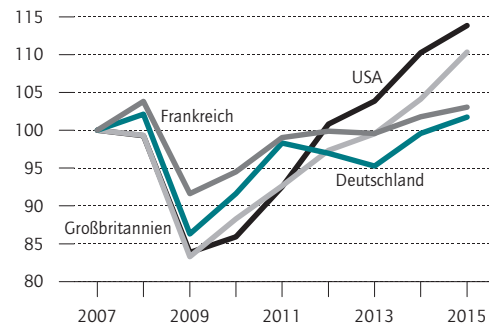
In der Diskussion, wie die private Investitionstätigkeit zu bewerten ist, wird auch auf die Schwierigkeiten bei der Berechnung „optimaler“ oder „richtiger“ Investitions-

7 Deutsche Bank Research (2014): Ausblick Deutschland: Ice bucket challenge und strukturelle Investitionslücke. September, 6 ff; BMWi (2014): Schlaglichter der Wirtschaftspolitik. Monatsbericht November, 20 ff.
8 Fratzscher, M. et al. (2015): Kommunale Investitionsschwäche überwinden. DIW Wochenbericht Nr. 43/2015.
9 KfW Research (2015): KfW-Kommunalpanel 2015.
10 Sachverständigenrat (2014): Mehr Vertrauen in Marktprozesse. Jahresgutachten 2014/2015, 8, 237.
11 Bardt, H., Grömling, M., Hüther, M. (2015): Schwache Unternehmensinvestitionen in Deutschland? Diagnose und Therapie. IW policy paper 4/2015.
12 BDI (2016): Innovationen und Internationalisierung. Zum Strukturwandel der industriellen Investitionen. März 2016.
13 Fratzscher, M. et al. (2015): Abschlussbericht der Expertenkommission zur „Stärkung von Investitionen in Deutschland“. Bericht der Expertenkommission im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft und Energie.

Abbildung 1

Bruttoanlageinvestitionen der Unternehmen ohne Wohnungswirtschaft

Index 2007 = 100



Quellen: OECD Economic Outlook 98 Database, Main Economic Indicator database; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

Die Investitionen sind in der Finanz- und Wirtschaftskrise deutlich gesunken und haben sich seitdem vor allem in Großbritannien und den USA dynamisch entwickelt.

höhen hingewiesen.¹⁴ Nachfolgend wird daher die Entwicklung der privaten Investitionstätigkeit in Deutschland im Vergleich zu anderen Volkswirtschaften seit 2007, also dem Jahr vor der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, beschrieben. Die Wohnungswirtschaft wird dabei ausgeklammert, da die Immobilienmärkte vielerorts sehr spezifische Entwicklungen aufweisen und deren Berücksichtigung zu Verzerrungen führen kann.

Es zeigt sich, dass die realen privaten Bruttoanlageinvestitionen im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise in allen Ländern zurückgegangen sind (Abbildung 1). Sowohl in den USA und Großbritannien als auch in Deutschland ist das Investitionsvolumen um etwa 15 Prozent gesunken, in Frankreich um rund neun Prozent. Ab dem Jahr 2010 setzte eine Erholung ein, die besonders dynamisch in Großbritannien und den USA verlief, wo das Investitionsvolumen im Jahr 2015 um zehn bis fast 14 Prozent höher lag als im Vorkrisenjahr 2007. In Frankreich und insbesondere in Deutschland wurde dagegen im Wesentlichen nur das Vorkrisenniveau erreicht oder leicht überschritten, obwohl die Wirtschaftsleistung hierzulande deutlich stärker gewachsen ist.

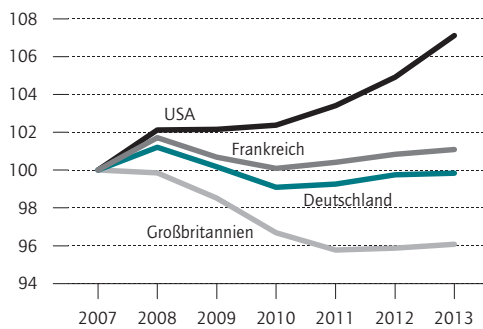
Mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit ist für Deutschland die Situation in der Industrie von zentraler Bedeu-

14 Cassel, S., Thomas, T. (2015): Investitionsbedingungen verbessern. Econwatch Policy Brief 11/15.

Abbildung 2

Reales Nettoanlagevermögen im verarbeitenden Gewerbe

Index 2007 = 100



Quellen: Statistisches Bundesamt; BEA; ONS; INSEE; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

Die realen Nettokapitalstöcke im deutschen verarbeitenden Gewerbe lagen 2013 auf dem Niveau von 2007.

tung. In diesem Bereich sind die hiesigen Unternehmen besonders erfolgreich und spezialisiert, sowohl was Absatz und Produktion, aber auch die Beschäftigung angeht.¹⁵ Daher wird nachfolgend untersucht, wie sich die realen Nettokapitalstöcke im verarbeitenden Gewerbe seit 2007 entwickelt haben.¹⁶ Die Veränderung der Nettokapitalstöcke ergibt sich aus der Differenz zwischen den Bruttoinvestitionen und den Abschreibungen, also dem kalkulatorischen Werteverzehr des Kapitalbestands. Die Berechnung der Abschreibungen selbst erfolgt dabei auf Basis international abgestimmter Annahmen zur Nutzungsdauer und den Abschreibungsfunktionen.¹⁷ Die Nettokapitalstöcke geben damit nicht unbedingt das Produktionspotential wieder und unterliegen auch starken zyklischen Einflüssen.¹⁸ Dafür erlauben sie aber Rück-

schlüsse auf den relativen Modernitätsgrad im internationalen Vergleich.¹⁹

Besonders deutlich nahm der industrielle Nettokapitalstock im verarbeitenden Gewerbe der USA zu. In den Jahren 2007 bis 2013 wuchs er real um mehr als sieben Prozent (Abbildung 2). Dies ist insofern überraschend, als dass die reale Bruttowertschöpfung im selben Zeitraum um fast vier Prozent zurückging. In den großen EU-Ländern ist der reale Nettokapitalstock dagegen seit 2008 geschrumpft. Dies gilt insbesondere für Großbritannien und verdeutlicht, dass die zuvor beschriebenen dynamischen Zuwächse der Bruttoinvestitionen insgesamt – bei aller Schwierigkeit eines Vergleichs mit realen Nettokapitalstöcken – nicht auf die britische Industrie zurückzuführen sind. In Frankreich lag der reale Nettokapitalstock im verarbeitenden Gewerbe etwa ein Prozent über dem Vorkrisenniveau. Für Deutschland bleibt festzuhalten, dass der Kapitalstock in der Industrie seit 2008 um fast 1,5 Prozent geschrumpft ist, während die industrielle Wertschöpfung zwischen 2008 und 2013 um gut fünf Prozent zugelegt hat. Die geringe Investitionsdynamik in Deutschland ist demnach auch in der Industrie zu beobachten.

Mit Verweis auf die Schwierigkeit bei der Bestimmung einer „optimalen“ Investitionshöhe kann an dieser Stelle nicht abschließend beurteilt werden, ob die geringere Investitionsdynamik in Deutschland ein schwerwiegendes Problem darstellt.²⁰ Wohl aber kann sie ein Indiz dafür sein, dass die für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit mitentscheidenden Investitionen in Deutschland schwächer ausfallen als in wichtigen Wettbewerbsländern. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken und einen dauerhaften Wachstumsprozess sicherzustellen, sollte die Wirtschaftspolitik die Rahmenbedingungen für private Investitionen in Deutschland verbessern.

Handlungsansätze zur Überwindung der Investitionsschwäche

Zentrale Ansatzpunkte für eine Stärkung der privaten Investitionstätigkeit hat die von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel eingesetzte unabhängige Expertenkommission zur „Stärkung von Investitionen in Deutschland“ ausgearbeitet.²¹ Ein wesentlicher Impuls auf die Investitionstätigkeit der Unternehmen kann danach von der Überwindung des öffentlichen Investitionsstaus ausgehen. Die Stärkung der öffentlichen Investitionen führt zu erhöhten inländischen Absatzchancen und auch ver-

15 Gornig, M., Schiersch, A. (2016): Investitionsschwäche gefährdet Europa als Industriestandort. *Wirtschaftspolitische Blätter*, 1-2016.

16 Unter Kapital werden entsprechend der neuen Definition der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sowohl materielle Bestandteile (insbesondere Anlagen und Bauten) als auch Teile des immateriellen Anlagevermögens (insbesondere Forschung und Entwicklung) erfasst. Gornig, M., Schiersch, A. (2015): *Perspektiven der Industrie in Deutschland*. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 1-2015, 37-54.

17 Ziebarth, G. (2002): *Abschreibungen im Spiegel der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen*. Statistisches Bundesamt, *Wirtschaft und Statistik* 12, 1119-1127; Schmalwasser, O., Weber, N. (2012): *Revision der Anlagevermögensrechnung für den Zeitraum 1991 bis 2011*. Statistisches Bundesamt, *Wirtschaft und Statistik* 11, 933-947.

18 Bundesministerium der Finanzen (2015): *Die Aussagekraft von Nettoinvestitionen in der wirtschaftspolitischen Diskussion*. Monatsbericht des BMF 6-12, Juni.

19 BDI (2016): *Innovationen und Internationalisierung*.

20 Hier wäre insbesondere zu prüfen, ob es Anhaltspunkte dafür gibt, dass Deutschland in der Lage ist, langfristig Kapital produktiver einzusetzen als andere etablierte Volkswirtschaften.

21 Fratzscher, M. et al. (2015), a. a. O.

besserten Standortbedingungen, etwa mit Blick auf die Infrastruktur. Einen weiteren Ansatzpunkt, für zusätzliche Impulse auf die private Investitionsnachfrage zu sorgen, sieht die Expertenkommission in der Erhöhung der Wachstumsdynamik in Europa, wie sie über den „Juncker-Plan“²² angestrebt wird.

Neben diesen eher indirekten Impulsen auf die private Investitionstätigkeit in Deutschland beschreibt die Expertenkommission aber auch Empfehlungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmensinvestitionen in Deutschland. Diese Handlungsempfehlungen zielen zunächst darauf, die generellen Wachstumsbedingungen in Deutschland zu verbessern. Im Mittelpunkt stehen dabei Maßnahmen, die dem aufgrund der demografischen Entwicklung erwarteten Fachkräftemangel entgegenwirken sollen. Hierzu zählen die Stärkung naturwissenschaftlicher und technikorientierter Fächer im Schulsystem, der Ausbau von Kinderbetreuung und Ganztagschulen zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Eltern und ein erleichterter Zugang von Fachkräften.

Darüber hinaus hat die Expertenkommission vier Handlungsfelder identifiziert, die eine Schlüsselrolle für eine Stärkung der Unternehmensinvestitionen in Deutschland einnehmen und für die konkrete Handlungsoptionen aufgezeigt werden. Dazu zählen die digitalen Netze und die Energieversorgung. Ohne einen schnellen und effizienten Ausbau des Breitbandinternets und eine kostengünstige Umstellung auf erneuerbare Energieträger wird sich Deutschland als Produktions- und damit Investitionsstandort nicht weiterentwickeln können. Entscheidende Investitionsimpulse gehen zudem von Innovationen und jungen Unternehmen aus. Auch hier spielen nicht nur die unmittelbar mit Innovationen und Unternehmensgründungen verbundenen Investitionseffekte eine wesentliche Rolle, sondern vor allem Investitionsimpulse, die aus dem technologischen Wandel und der Erhöhung der Wettbewerbsintensität resultieren.

Um die digitale Infrastruktur effizient auszubauen, empfiehlt die Expertenkommission, die regulatorischen Rahmenbedingungen für Investitionen in Breitbandnetze zu verbessern. Mögliche Optionen sind die Vergabe von Konzessionen mit regulatorischen Auflagen und, falls notwendig, zusätzliche staatliche Subventionen. Um die Netzanbieter selbst zu mehr Investitionen zu animieren, sollte eine innovationsfreundliche Definition der Netzneutralität geprüft werden. Darüber hinaus könnte der Staat die Entwicklung neuer Anwendungen und die Durchführung von Pilotprojekten fördern, etwa im Rah-

men von intelligenten Stromnetzen (smart grids) oder zur Forcierung von Industrie 4.0.

Der Ausbau der Energieinfrastruktur sollte sich mit Blick auf den Netzausbau und den Zubau von Stromerzeugungskapazitäten stärker an der Systemdienlichkeit orientieren. Die so induzierten Anreize zum Bau und zur Standortwahl für Erzeuger müssten mittelfristig auch für erneuerbare Energien greifen, deren Marktintegration entschieden voranzutreiben ist. Zudem sollten regulatorische Unsicherheiten reduziert werden. Rahmenbedingungen, die dem Ziel der Wirtschaftlichkeit möglichst nahe kommen und gut mit europäischen Vorgaben harmonisieren, versprechen eine höhere Akzeptanz. Um geeignete Maßnahmen treffen zu können, sollte das subjektiv wahrgenommene regulatorische Risiko entscheidender Akteure erfasst werden.

Eine große Herausforderung für eine erfolgreiche Innovationspolitik besteht aus Sicht der Expertenkommission darin, wichtige Zukunftsthemen frühzeitig zu erkennen und aufzugreifen. Dazu benötigt Deutschland eine deutlich aktivere Innovationspolitik. Dafür ist auch eine bessere systematische Evaluation innovationspolitischer Fördermaßnahmen in Deutschland notwendig, um deren Wirksamkeit sicherzustellen und öffentliche Gelder möglichst effektiv einzusetzen. Entsprechend ist auch zu prüfen, inwieweit eine – bisher nicht vorhandene – steuerliche FuE-Förderung Deutschlands Position im internationalen Innovationswettbewerb stärken könnte – und zwar ohne große Mitnahmeeffekte.

Zugang zu externer Finanzierung ist für junge Unternehmen besonders wichtig. Gerade im Bereich technologieorientierter Gründungen spielt vor allem die Gewinnung von Beteiligungskapital eine große Rolle. Die Expertenkommission spricht sich deshalb für eine Kapitalbesteuerung aus, bei der Fremdkapital- und Selbstfinanzierung nicht gegenüber der Eigenkapitalfinanzierung bevorzugt werden. Ein möglicher Ansatzpunkt wäre der steuerliche Abzug einer kalkulatorischen Eigenkapitalverzinsung als Bestandteil einer aufkommensneutralen Steuerreform. Die Expertenkommission sieht darüber hinaus angesichts sinkender Gründungszahlen dringenden Handlungsbedarf auch bei den allgemeinen Rahmenbedingungen für junge Unternehmen.²³ Notwendig sind niedrigere bürokratische Hürden für Unternehmensgründungen und geringere regulatorische Anforderungen für junge und zumeist noch sehr kleine Unternehmen.

²² Europäische Kommission (2014): Eine Investitionsoffensive für Europa. Mitteilungen der Kommission COM (2014) 903, Brüssel.

²³ Ifm Bonn (2016): Gründungen und Liquidationen im gewerblichen Bereich. www.ifm-bonn.org/statistiken/gruendungen-und-unternehmensschliessungen/.

Umsetzungsprozess kommt nur langsam voran

Die Bundesregierung hat in Reaktion auf die Ergebnisse der Expertenkommission eine Reihe von Initiativen zur Stärkung der Investitionstätigkeit eingeleitet.²⁴ Der Schwerpunkt liegt bisher auf höheren öffentlichen Infrastrukturinvestitionen. Vergleichsweise wenig Raum nehmen die Initiativen hinsichtlich verbesserter Rahmenbedingungen für private Investitionen ein.

So sind in Bezug auf eine stärkere Ausschöpfung der Investitionspotentiale bei der Energieerzeugung und -verteilung kaum Fortschritte erzielt worden. Insbesondere ist derzeit keine Bewegung in Richtung einer investitionsfreundlicheren Auslegung des regulativen Rahmens zu erkennen. Dabei weisen europäische Vergleichsstudien darauf hin, dass eine auf erhöhten Konkurrenzdruck ausgerichtete Wettbewerbspolitik im Energiesektor zu spürbar höheren Investitionen führt.²⁵

Deutlich mehr Aktivität ist hingegen bei den digitalen Netzen zu beobachten. So wurde ein Gesetz zu Hochgeschwindigkeitsnetzen entworfen, das die Nutzung vorhandener Infrastrukturen für den Ausbau digitaler Netze regeln soll. Zudem stehen im Rahmen der Breitbandförderrichtlinie 2,7 Milliarden Euro an Zuschüssen des Bundes für den Netzausbau bereit. Dennoch bleibt noch viel zu tun, wenn den Unternehmen nicht nur eine Minimalversorgung, sondern eine auch im internationalen Vergleich hochwertige Netzinfrastruktur zur Verfügung gestellt werden soll.²⁶ Das Ziel muss dabei sein, einen möglichst hohen Erschließungsgrad mit neuer leistungsfähiger Technologie bei gleichzeitig hohem Netzanbieterwettbewerb zu ermöglichen. Die derzeitigen Überlegungen zur Aufrüstung von Kupferkabeln durch Signalbündelung (vectoring) müssen kritisch gesehen werden, wenn durch die damit einhergehende und geplante Mischkalkulation der schnellere Anschluss in der einen Region durch die Behinderung des Glasfasernetzausbaus in einer anderen Region erkauft wird.²⁷ Wenn eine solche Brückentechnologie in wenig verdichteten Regionen zur Anwendung kommt, sollte die Kompensation für die Netzbetreiber nicht durch Gewährung von Monopolen, sondern durch direkte Subventionen erfolgen.

Die Expertenkommission hat sicher ferner für eine aktive Innovationspolitik ausgesprochen. Diesbezüglich ist festzuhalten, dass die Bundesregierung einen Ausbau der vorhandenen Förderprogramme anstrebt. Das betrifft beispielsweise das *Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand* (ZIM) oder die *Industrielle Gemeinschaftsforschung* (IGF). Eine Vielzahl zusätzlicher Initiativen und Förderprogramme ist geplant oder bereits auf den Weg gebracht, um insbesondere die Förderung von Forschung und Entwicklung im Bereich der Digitalisierung zu stärken.²⁸ Diese Maßnahmen und Programme, die sich zum Teil noch in der Planungs- oder Prüfungsphase befinden, sollten zügig umgesetzt werden. Es ist darüber hinaus erforderlich, die Fördermaßnahmen bei erfolgreicher Evaluierung zu verstetigen und gegebenenfalls aufzustoßen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Empfehlungen der Expertenkommission ist ein erleichterter Zugang zu externer Finanzierung von Innovationen. Dies geht Hand in Hand mit der Förderung innovativer Startups und einem Abbau der Finanzierungshemmnisse für Gründungen. Die Bundesregierung ist auch auf diesem von der Expertenkommission identifizierten Feld mit einer Reihe von Maßnahmen aktiv. So ist eine Ausweitung des *EXIT*-Programms auf 400 Millionen Euro geplant. Ferner soll die Finanzierung wachstumsstarker Technologieunternehmen mit Hilfe des auf 300 Millionen Euro aufgestockten *High-tech-Gründerfond III* verstetigt werden. Ein weiteres Beispiel ist der Ausbau des *INVEST*-Programms, das Investitionen in Wagniskapital durch Privatpersonen bezuschusst und eine Steuererstattung auf Veräußerungsgewinne von *INVEST*-Anteilen erlaubt.²⁹

Fazit und Ausblick

So wichtig und richtig die eingeleiteten Initiativen zum Ausbau der digitalen Infrastruktur und einer verbesserten FuE-Politik sind, so unklar ist, ob sie die allgemeine Schwäche der privaten Investitionstätigkeit ausreichend beheben können. Zusätzliche Investitionsimpulse wären über veränderte steuerliche Anreize denkbar. Daher sollte die Verbesserung steuerlicher Rahmenbedingungen als eine weitere Option vorbereitet werden.

²⁴ Dokumentiert sind diese Initiativen in einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Bundestagsfraktion der Grünen. BT-Drucksache 18/7853, 14. März 2016.

²⁵ Duso, T. et al. (2016): EU-Wettbewerbspolitik fördert Investitionen in den Energiesektoren. DIW Wochenbericht Nr. 15/2016.

²⁶ BMWi (2016): Digitale Strategie 2025. März.

²⁷ Monopolkommission (2015): Telekommunikation 2015: Märkte im Wandel. Sondergutachten 73.

²⁸ Beispiele für Programme und Maßnahmen rund um das Thema Digitalisierung sind das Technologieprogramm „Autonomik“, das BMWi-Fachprogramm „Neue Fahrzeug- und Systemtechnologien“, die Dialogplattform „Industrie 4.0“, das Programm „Industrie-4.0-Technologien: Anwendungen im industriellen Mittelstand“, der Modellversuch „go-digital“, das Innovationsmanagement des Programms „go-Inno“, „Trusted Cloud“, „Dialogplattform Einzelhandel“, das „Smart-Data-Forum“, das Technologieprogramm „Smart Service Welt“, das Technologieprogramm „Digitale Technologien für die Wirtschaft“, der Förderschwerpunkt „Smart Home“ oder das Förderprogramm „Mikroelektronik“.

²⁹ BMWi (2016), a. a. O.

Breiten Raum in der öffentlichen Diskussion nimmt etwa die Einführung einer steuerlichen FuE-Förderung ein. Wie internationale Vergleiche zeigen, ist allerdings zu befürchten, dass die Effizienz der Förderung im Durchschnitt abnehmen würde.³⁰ Dies gilt wohl auch dann, wenn sich die steuerliche FuE-Förderung auf kleine und mittelgroße Unternehmen (KMU) beschränkt. Diese nehmen die derzeitige Projektförderung sehr gut an. Ein weiterer Vorteil dieser direkten Förderung: Da es sich häufig um Kooperationsprojekte handelt, teilen Firmen ihr technologisches Know-how, was dem Innovationsniveau einer ganzen Branche zu Gute kommen kann.

30 Belitz, H. (2016): Förderung privater Forschung und Entwicklung in OECD-Ländern: immer mehr, aber auch immer ineffizienter. DIW Wochenbericht Nr. 8/2016, 149–157.

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin | mfratzscher@diw.de
Martin Gornig ist stellvertretender Leiter der Abteilung Unternehmen und Märkte am DIW Berlin | mgornig@diw.de

Einen spürbaren Impuls auf die Investitionstätigkeit kann man hingegen bei einer generellen Umsetzung verkürzter Abschreibungsfristen erwarten.³¹ Dies gilt insbesondere für digitale Ausrüstungen, aber auch für die Investitionstätigkeit als Ganzes, um dem höheren technischen wie auch wirtschaftlichen Risiko Rechnung zu tragen. Mindereinnahmen in den öffentlichen Haushalten könnten durch eine höhere Gewinnbesteuerung kompensiert werden. Ergänzend ist bei jungen Unternehmen, wie von der Expertenkommission gefordert, die steuerliche Gleichbehandlung von Fremd- und Beteiligungskapital³² anzustreben.

31 DIW Berlin, Handelsblatt Research Institute (2014): Private Investitionen in Deutschland. Studie im Auftrag des Gemeinschaftsausschusses der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft, Berlin/Düsseldorf.

32 Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2012): Stabile Architektur für Europa – Handlungsbedarf im Inland. Jahresgutachten 2012/13, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, 220 ff.

Alexander Schiersch ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Unternehmen und Märkte am DIW Berlin | aschiersch@diw.de

WEAK CORPORATE INVESTMENT REQUIRES ACTION

Abstract: Although the federal government has been taking steps to strengthen investment in Germany, it remains considerably low. This includes private investment, on which the present study focuses. German companies are barely investing more than they did before the crisis, but this is not the case elsewhere: in the US, for example, the level of investment is nearly 14 percent higher than it was in 2007.

One year ago, the Experts Commission "Strengthening Investment in Germany," presented a plan comprising

concrete recommendations for mitigating or even eliminating Germany's investment weakness. The report contained proposals for increasing public investment, as well as measures for strengthening private investment.

Since then, however, far too little progress has been made in the four primary fields of action for private investment identified by the Experts Commission (digital networks, energy infrastructure, innovations, and young enterprises). The need for action remains high; among other measures, tax incentives for investment could help.

JEL: E22, E61, H54

Keywords: investment, private sector, expert commission, capital stock



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
83. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Critje Hartmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Franziska Bremus
Sebastian Kollmann
Dr. Peter Krause
Marie Kristin Marten
Ilka Müller

Lektorat

Dr. Friedrich Kunz
Dr. Claus Michelsen

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.